

MEHR GRÜN FÜR BRAKEL!

Kommunalwahlprogramm 2014

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OV Brakel

Für bürgernahe und grüne Politik in Brakel.



von links: Hans-Georg Harrer, Manfred Wulf, Lisa Kremeyer, Meinolf Schulte, Ulrike Hogrebe-Oehlschläger, Johannes Vorwerk, Karin Schulke, Uwe Rottermund. (Foto: Ulli Pollmann)

Impressum:

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ortsverband Brakel

Am Meierbach 25, 33034 Brakel, Tel.: 05272-5217

Endredaktion: Ulrike Hogrebe-Oehlschäger, Meinolf Schulte, Hans-Georg Harrer (v.i.S.d.P.)

INHALT

Inhalt	2
Umwelt und Natur bewahren	3
Erneuerbare Energiequellen nutzen	3
Stromtrasse menschen- und umweltverträglich bauen	4
Fracking Nein Danke	5
Trinkwasser schützen	6
Ökologische Stadtentwicklung planen	6
Verkehrswende jetzt einleiten	7
Soziale Aufgaben ernst nehmen	8
Ältere Menschen integrieren	9
Inklusion ermöglichen – Am Leben von Menschen mit Behinderungen teilnehmen	9
Für die Rechte ausländischer Menschen eintreten	10
Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen	10
Kindern eine Zukunft geben	11
Umweltfreundliche Spiellandschaften schaffen!	11
Jugendlichen die Chance zur Selbstbestimmung geben	11
Für bedarfsgerechte Schulen sorgen	12
Kulturelle Vielfalt fördern	12
Tierschutzrechte ausbauen und fördern	13
Kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern	14
Finanzielle Spielräume nutzen	15
Nachwort	16
Unsere Listen-KandidatInnen in Brakel	17

UMWELT UND NATUR BEWAHREN

In der kommunalen Energiepolitik sehen wir GRÜNE eines der zentralen städtischen Handlungsfelder zum Schutz unseres Klimas. Auch wenn der Schutz des Weltklimas eine globale Herausforderung ist, sind wir zu lokalem Handeln aufgefordert.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den weiteren Ausbau der Umweltberatung und eine Verbraucherberatung im Kreis Höxter;
- die Planung von Baugebiete auch nach ökologischen Grundsätzen:
 - verdichtete flächenschonende Bauweise;
 - verschattungsfreie Anordnung der Baukörper (Nutzung von Sonnenenergie stärken);
 - Vermeidung unnötiger Versiegelung des Bodens;
 - Regenwassernutzung und -versickerung;
 - Schaffung von Nahwärmeinseln und Einsatz von Blockheizkraftwerken mit weiterem Ausbau- des Fernwärmenetzes;
- eine stärkere Verwendung umweltverträglicher Baumaterialien in städtischen Gebäuden.

ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN NUTZEN

Die Industrieländer umfassen ca. 30% der Erdbevölkerung und verbrauchen rund 85% der Primärenergie. Die gegenwärtige Energiepolitik führt zwangsläufig in wenigen Jahrzehnten zur Erschöpfung der fossilen Brennstoffreserven, zur Schädigung des Klimahaushalts durch Verbrennungsprozesse sowie zur Vergiftung und radioaktiven Verseuchung unserer Umwelt.

Eine zukunftsorientierte ökologische Energiepolitik muss alle Möglichkeiten nutzen, die zu einer Verringerung des Energiebedarfs führen und die optimale Verwendung bereits vorhandener Energien gewährleisten. Das vorhandene wissenschaftliche und technische Potential muss für die Entwicklung von regenerativer Energie verwendet werden. Wir sind davon überzeugt, dass es höchste Zeit ist, kommunalpolitische Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräume zu nutzen, um überkommene Strukturen der Energieerzeugung und -versorgung grundlegend zu verändern. Insbesondere fordern wir die Abkehr von großtechnischen Energie-Erzeugungsverfahren hin zu einer Dezentralisierung der Energieerzeugung.

Wir setzen uns seit Jahrzehnten für eine umweltfreundliche, kostengünstige und dezentrale Energieversorgung ein. Wir wollen, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger von der Energiewende auch finanziell profitieren können. Die Bundesregierung hat durch ihr Vorgehen uns vor die Alternative gestellt, weiterhin Atomkraftwerke zu betreiben oder Strom aus Windenergieanlagen aus Nord- und Ostsee einzuspeisen. Wir sind für die umweltfreundliche Windenergie, fordern aber, dass die Leitungen unschädlich für Mensch und Natur verlegt werden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- einen kontinuierlichen Ausbau dezentraler erneuerbarer Energie im Stadtgebiet;
- maximale Bürgerbeteiligung und finanzielle "Entschädigung" für Bürger der umliegenden Ortschaften von z.B. Windrädern durch z.B. Bürgerstiftungen;
- bei Straßenerneuerung/ Sanierungen Berücksichtigung von Nahwärmenetzen.

STROMTRASSE MENSCHEN- UND UMWELTVERTRÄGLICH BAUEN

Die Stromtrasse „sued.link“, die den Strom vom Norden zum Süden transportieren soll, ist nach den bisher getroffenen Entscheidungen für den Offshore-Windstrom unumgänglich. Die Trasse selbst kann nicht mehr verhindert werden, weil sie europarechtlich abgesichert ist, und Deutschland gegenüber der EU verpflichtet ist, diese umzusetzen. Nach den bisherigen Planungen ist die Stadt Brakel mit ihren Ortschaften Bökendorf und Hemsben besonders betroffen, nicht nur weil keiner die Strommasten in seiner Umgebung haben will, sondern auch die Gefährdung durch elektromagnetischen Felder unklar ist. Besonders Bökendorf wäre durch drei KV-Leitungen in Mitleidenschaft gezogen. Die Trassenführung berücksichtigt nicht das wertvolle Biotop „Auf'm Wüllenberg“ und gefährdet schützenswerte Tierarten. Wir setzen uns für eine menschen- und umweltgerechte Trassenführung ein.

Für die Gebäudeheizung und Warmwasserbereitung wird heute etwa 40% des Energiebedarfs in Deutschland eingesetzt. Damit wird deutlich, dass durch eine Verringerung des Energieverbrauchs in diesem Bereich ein erhebliches Einsparpotential besteht. Die von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Zum Schutz der Erdatmosphäre" angesichts drohender Klimaveränderungen angestrebte Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen erfordert, dass durch konsequente Baukonzepte und Anlagentechniken der Heizenergiebedarf der Wohnungen auf unter ein Drittel des derzeitigen Verbrauchs gesenkt wird. Hierzu zählt die Ausrichtung des Gebäudes, die Anordnung von Fensterflächen, die Farbe des Außenanstriches etc. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist auch der Bau von Niedrigenergiehäusern mit einem erhöhten Wärmeschutz und energiesparenden Anlagentechniken. Diese können heute zu wirtschaftlich vertretbaren Preisen angeboten werden.

Dieses Beratungsangebot erfordert die dauerhafte Einstellung eines Energieberaters durch die Stadt Brakel, der sich auch gezielt um die Reduzierung der Energiekosten in den städtischen Gebäuden weiterhin kümmert und Hinweise an private Hauseigentümer gibt.

Wir fordern:

- eine/en Energieberater/in mit Schulungs-, Beratungs- und Kontrollaufgaben zum Zweck der Energieeinsparung unbefristet einzustellen;
- Klein- und Blockheizkraftwerken für 2-4 Einfamilienhäuser zu fördern;
- alternative bzw. regenerative Energiequellen zur Eigenbedarfsdeckung zu entwickeln.

FRACKING NEIN DANKE

Brakel ist von der unkonventionellen Erdgasgewinnung (Fracking) direkt bedroht! Unser Stadtgebiet liegt im Bereich des Erkundungs- und Abbaugebietes „Adler“.

Die Gefahren, die der Region durch Fracking drohen, sind immens:

- Industrieanlagen versiegeln Fläche und stören das Landschaftsbild,
- Millionen Liter hoch kontaminiertes Lagerstättenwasser fallen an,
- Erdbeben können ausgelöst werden – wie jüngst in Niedersachsen – und Gebäude beschädigen
- Vergiftung des Oberflächen-, Grund- und Trinkwassers durch die eingesetzten Chemikalien

Die Bundesregierung hat 2013 angekündigt, das gefährliche Erdgas-Fracking lediglich in Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten zu verbieten. Dies ist unzureichend.

Wir werfen der Bundesregierung vor, sich um die Risiken nicht zu kümmern und nur Beruhigungspillen für die Menschen zu verteilen. Mit dem Vorschlag, die Wasserschutzgebiete auszunehmen, gaukelt die Bundesregierung den Menschen vor, dass sie ihre Bedenken ernst nimmt. In Wirklichkeit stellt sie der Erdgas-Industrie einen Blanko-Scheck für die Vergiftung von 80 Prozent der Fläche unseres Landes aus.

Sauberes und unbelastetes Wasser ist für alle Menschen das wichtigste Lebensmittel und absolut unverzichtbar. Unsere Grundwasservorräte müssen daher unbedingt geschützt und rein erhalten werden. Der Regionalplan für OWL weist daher weitere Flächen zum Schutz des Wassers aus. Diese Bereiche will die Bundesregierung aber nicht schützen, sondern hier soll das gefährliche Erdgas-Fracking mit giftigen Chemikalien erlaubt werden.

Wir GRÜNEN wollen daher:

- die Pläne der Bundesregierung mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen;
- auf kommunaler Ebene unseren Einfluss auf die Verwaltung und die anderen Fraktionen im Rat nutzen, um uns für ein Verbot von Fracking vor Ort einzusetzen;
- strategische Partner für einen Verbandsantrag einwerben, die vor allem bei den zahlreichen Heilbädern der Gesundheitsregion OWL (z.B. Bad Lippspringe, Bad Meinberg, Bad Oynhausen, Bad Driburg usw.) zu finden sind. Sie sind genauso wie die Betreiber der hochwertigen Mineralbrunnen in OWL unsere natürlichen Verbündeten und müssten unsere Aktion alle unterstützen.

TRINKWASSER SCHÜTZEN

Die Analysen unseres Trinkwassers lesen sich wie der Verkaufskatalog eines Chemiemultis, und das trotz modernster Aufbereitungsverfahren in den Wasserwerken. Unsere Meere verkommen zur Kloake. Drastische Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit dem Nahrungsmittel Nr. 1 Wasser und zur Reinhaltung unserer Wasserreserven sind unumgänglich. Rücksichten auf die wirtschaftlichen Interessen von Wasserverschmutzern in Landwirtschaft, Industrie, Haushalten und Kommunen dürfen nicht mehr hingegenommen werden, unsere Kinder werden sonst keine genießbaren Trinkwasservorräte mehr zur Verfügung haben.

Obgleich im Bereich der Gewässerpolitik viele Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene getroffen werden, kann auch der Rat beispielsweise durch eine Verschärfung der Abwassersatzung oder durch Vorgaben im Bereich der Bauleitplanung einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung der Wasserqualität leisten.

Wir haben in den vergangenen Jahren im Rat und in den Fachausschüssen immer wieder auf die kommunalen Einflussmöglichkeiten bei der Verbesserung der Wasserqualität hingewiesen.

Um das Trinkwasser zu schützen, wollen wir:

- dass die Stadt Brakel ein Wasserkonzept erstellt, das Aussagen zu folgenden Punkten enthält:
 - Feststellung des Ist-Zustandes unserer Oberflächengewässer und des Grundwassers;
 - Ausarbeitung eines Maßnahmenkataloges vor allem zum Schutz des Grundwassers vor Nitrateinbringungen;
 - Erarbeitung von weitergehenden Vorschlägen zur Umgestaltung der Abwassergebühren nach ökologischen Gesichtspunkten;
- dass Oberflächengewässer schrittweise entrohrt werden;
- dass die Entsiegelung von Flächen durch die Stadt gefördert wird;
- die Umweltberatung auch im Bereich Wasser/Abwasser verstärken.

ÖKOLOGISCHE STADTENTWICKLUNG PLANEN

Ziel einer ökologisch orientierten kommunalen Wirtschaftspolitik ist die möglichst ortsnahe und zentrale Vernetzung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung und Freizeit. Wir streben eine Wohn-, Arbeits- und Versorgungsstruktur an, die mit einem möglichst geringen Autoverkehr zu bewältigen ist.

Neue Wohngebiete bedürfen einer Infrastruktur wie: z.B. Kinderspiel- und Bolzplätze, wohnortnahe Einkaufen, Verbindungen für Fußgänger und Radfahrer.

Die Vorzüge Brakels sind ein für die Einwohnerzahl vergleichsweise umfassendes Schulangebot, eine noch verhältnismäßig reichhaltige Kultur- und Naturlandschaft und enge Schnittpunkte zu universitären und wirtschaftlichen Großstandorten. Diese Vorzüge müssen besonders in den Zeiten des demographischen Wandels erhalten bleiben, um die Lebensqualität zu sichern und sie auch weiterhin werbend einsetzen zu können.

Nicht der illusionäre Traum von industriellen Großanlagen, sondern eine differenzierte und strukturierte Gewerbeansiedlung ist für Brakel die Chance auf eigenen Beinen die Zukunft

zu gestalten. Eine Mischung unterschiedlicher Gewerbe ist der beste Garant für solide städtische Finanzen, weil auf diese Weise die Konjunkturabhängigkeit der Wirtschaft gemindert wird.

Die Stadtökologie spielt für den Erhalt des Charakters der Stadt Brakel und für das Wohlbefinden ihrer Einwohner dabei eine entscheidende Rolle.

Für eine ökologische Stadtentwicklung wollen wir:

- die Ansiedlung von umweltverträglichen und freundlich gestalteten Gewerbebetrieben unterstützen;
- beim Verkauf von städtischen Gewerbeflächen gestaffelte Rabatte einführen, die nach folgenden Gesichtspunkten bemessen werden:
 - Schaffung von Arbeitsplätzen je Quadratmeter Gewerbefläche
 - Lehrstellenangebot im Verhältnis zur Betriebsgröße
 - Umweltbelastung durch die Produktion;
 - Herstellung ökologisch sinnvoller bzw. unbedenklicher Produkte
 - Versorgung des lokalen und regionalen Marktes, Vermeidung überflüssigen Transportverkehrs;
- Gewerbegebiete nach folgenden Verträglichkeitsgesichtspunkten strukturieren:
 - nach der Art der bereits vorhandenen Betriebe
 - nach der Verkehrsanbindung
 - nach der Schonung schützenswerter Landschaft;
- neue Gewerbegebiete mit rechtlichen Festsetzungen versehen, die unnötigen Flächenverbrauch verteuern und umweltbelastende oder die Umgebung gefährdende Produktionen ausschließen;
- die ortsnahe Versorgung der Wohngebiete bei der Stadtentwicklung sichern;
- die Qualität des Stadtkerns als Kommunikationsmittelpunkt erhalten und ausbauen;
- dem Mietwohnungsbau und dem verdichteten Wohnungsbau bei der künftigen Erschließung von Wohngebieten Vorrang geben;
- in den nächsten Jahren planen, wie nicht bewohnte oder unbewohnbare Gebäude sozial- und umweltverträglich umgebaut oder abgerissen werden können
- ein Leerstandsmanagement und eine Konzeptentwicklung für neue Nutzungsformen nicht bewohnter Gebäude erstellen. Bei unbewohnbaren Gebäuden ist zu planen, dass sie sozial- und umweltverträglich abgerissen werden müssen."
- die Fußgängerzone erhalten und insbesondere die Obere Königstraße autofrei lassen.

VERKEHRSWENDE JETZT EINLEITEN

Viele Bürger halten das Wachstum des motorisierten Verkehrs für unaufhaltbar. Sie fühlen sich dem Schadstoffausstoß, dem Lärm, den Unfallrisiken und dem ungehemmten Ressourcenverbrauch, verursacht durch das Verkehrsmittel Auto, hilflos ausgeliefert.

Wir sind der Meinung: Für eine Verkehrswende ist es noch nicht zu spät! Wir können auf umweltfreundliche Verkehrsmittel wie z.B. das Fahrrad und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umsteigen. Mobilitätswänge und Mobilitätsanreize können durch eine andere Politik verringert werden, auf weitere Erleichterungen für den motorisierten Individualverkehr können wir verzichten.

In der Öffentlichkeit wächst die Zustimmung zu einschneidenden Maßnahmen gegen die Vorherrschaft des Autos. Fahrradfahren ist wieder "in". Sonderangebote der Verkehrsbetriebe finden reißenden Absatz. Immer mehr Menschen ändern ihre Gewohnheiten und unterziehen sich einer freiwilligen „Auto-Diät“.

Damit die Verkehrswende auch in Brakel gelingt, möchten wir diesen Trend nutzen und vorrangig Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV bei künftigen Planungen berücksichtigen.

Um mehr Bürger und Bürgerinnen dafür zu begeistern auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel Fahrrad umzusteigen, brauchen wir ein komfortables Radverkehrsnetz.

Wir sind gegen Straßenbaumaßnahmen, die den motorisierten Verkehr erleichtern, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zur Folge haben und so eine zusätzliche Belastung für Anlieger und Natur darstellen.

Verkehrsprobleme werden wir in Zukunft stärker aus dem Blickwinkel derer betrachten, die bisher zu kurz gekommen sind: Kinder, Jugendliche, Frauen und Senioren.

Für Radfahrer und Fußgänger wollen wir:

- dass innerstädtischen Radverkehrsanlagen nach einem Konzept (Radverkehrsnetzplanung) ausgebaut und vernetzt werden;
- dass im Innenstadtbereich, an Ämtern und an Schulen mehr und bessere Abstellanlagen für Fahrräder zur Verfügung gestellt werden;
- dass bei der Stadtverwaltung ein sachkundiger Fahrradbeauftragter benannt wird, der bei Planungen in Sachen Fahrradverkehr auch Sachverständige (z.B. vom ADFC) einbezieht.

Für Bus- und Bahnfahrer wollen wir:

- die Modernisierung der Bahnstrecke, damit die Nutzungsfrequenz erhöht werden kann (Studentakt, verbesserte Angebote am Wochenende).
- ein attraktives Bahnhofsgelände mit dem Erhalt des Beratungs- und Verkaufsbüros.

Für den motorisierten Verkehr wollen wir:

- dass vorhandene Unfallschwerpunkte entschärft werden (z.B. fordern wir seit Mitte der 90er Jahre eine Geschwindigkeitsbegrenzung an der Annenkapelle, wo es trotz mehrerer Unfälle mit tödlichem Ausgang bisher keine Tempobegrenzung gibt);
- dass der Schulverkehr im Schulzentrum der Klöckerstraße entzerrt und verlegt wird;
- einen Kreisverkehr an der Kreuzung Stadthalle/Jibi-Markt, auch zur Entlastung des Hahnenhofes.

SOZIALE AUFGABEN ERNST NEHMEN

Die sozialen Aufgaben einer Gemeinde werden in Zeiten knapper Finanzmittel immer mehr unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass damit Geld verschlungen wird, das an anderer Stelle viel nötiger wäre. Ursache dafür ist die Vorrangstellung des Gewinnstrebens, des Wachstums und der damit verbundenen Vernachlässigung der Gesichtspunkte, die ein solidarisches Miteinanderleben der Menschen ermöglichen. Der allgegenwärtige Wachstumsgedanke hat in den letzten Jahren in Deutschland zum Sozialabbau geführt. Alltagsarmut ist bei uns ein Faktum, obwohl wir zu den reichsten Ländern der Welt gehören. Opfer dieser profitorientierten Politik sind vor allem Minderheiten und die

Menschen, die ihre Interessen nicht lautstark artikulieren können: Kinder, alte und Menschen mit Behinderungen, ausländische Mitbürger, sozial Schwache, Arbeitslose.

Die Lösung der dadurch entstandenen Probleme wird von vielen nur als lästige Aufgabe begriffen, die das Funktionieren unserer Gesellschaft stört.

Wir verstehen Sozialpolitik grundsätzlich anders und streben eine Gesellschaft an, in der für jeden Menschen das Recht auf eine menschenwürdige Existenz gesichert ist, unabhängig von seiner Nationalität, seinem Geschlecht und seiner sozialen Stellung. Die Menschen, die keine Lobby haben, leiden ganz besonders unter der Verschärfung der sozialen Situation. Ihre Anliegen offensiv zu vertreten, ist unser erklärtes Ziel.

ÄLTERE MENSCHEN INTEGRIEREN

Der Anteil der älteren Mitmenschen in der Gesamtbevölkerung nimmt ständig zu. Dies bedeutet für den Einzelnen ganz individuelle Probleme, auf die mit einem breiten Hilfsangebot reagiert werden muss.

Hauptziel der Altenpolitik muss es sein, alten Menschen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Tendenz, ältere Mitbürger durch die Unterbringung in Heimen zu versorgen, hat über Jahre dazu geführt, sie aus ihrem sozialen Umfeld und ihren Familien zu verdrängen. Dem muss durch einen gezielten Ausbau von ambulanten Pflegediensten und teilstationären Angeboten entgegengewirkt werden.

Brakel bietet zur Zeit eine große Zahl von Alten- und Pflegeheimplätze für den Kreis Höxter. Durch den ambulanten Pflegedienst werden eine steigende Anzahl älterer Mitbürger versorgt. Das Angebot der ambulanten Pflegedienste nimmt ständig zu und ermöglicht so ein Verbleiben in der gewohnten Umgebung und in den Familien.

INKLUSION ERMÖGLICHEN – AM LEBEN VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN TEILNEHMEN

Eine Gesellschaft sollte ihre Demokratiefähigkeit daran messen, ob es ihr gelingt, auch Menschen mit Behinderungen zu achten und einzubeziehen, die auf Unterstützung in besonderem Maße angewiesen sind. Vor allem im Schulbereich müssen die erforderlichen materiellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um gerade diejenigen zu integrieren, die bislang rigoros ausgegrenzt wurden. Wir möchten, dass anstelle der bisher üblichen Auslese nach schwer- und leichtbehinderten Kindern die **ortsnahe** Beschulung im Vordergrund steht.

Damit die Inklusion in Brakel gelingt, wollen wir:

- die Inklusion an allen Brakeler Schulen;
- Barrierefreiheit für alle öffentlichen Gebäude,
- noch mehr abgesenkte Bordsteinkanten für Rollstuhlfahrer/innen,
- vermehrte Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben - über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß hinaus. Hier sollte die Stadtverwaltung eine Vorreiterrolle übernehmen. Wichtig ist die Beratung von Menschen mit Behinderungen selbst und ihrer möglichen Arbeitgeber.
- dass Verbände und Vereine in ihren Bemühungen bei der Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben stärker durch die Stadt unterstützt werden.

FÜR DIE RECHTE AUSLÄNDISCHER MENSCHEN EINTRETEN

Die Bundesrepublik ist faktisch ein Einwanderungsland. Dies hängt einerseits mit dem wirtschaftlichen Reichtum zusammen, der Menschen aus armen Ländern anzieht. Andererseits machen es die zahlreichen Kriege, Bürgerkriege sowie ethnischen und religiösen Verfolgungen in der Welt notwendig, dass wir verfolgten Menschen bei uns Schutz gewähren.

Es ist also keine Frage, OB wir ausländische Menschen bei uns integrieren, sondern WIE es uns gelingt, ein Zusammenleben verschiedener Kulturen zu gestalten.

Wir wenden uns gegen jede Benachteiligung und Diskriminierung von Ausländern und Asylbewerbern, die in der kommunalpolitischen Diskussion oft nur als Kostenfaktor Berücksichtigung finden.

Für unsere ausländischen MitbürgerInnen wollen wir:

- dass Asylsuchende von der Stadtverwaltung wie deutsche Bürger behandelt werden, insbesondere dadurch, dass bessere Bedingungen bei der Unterbringung geschaffen werden;
- dass Ausländer die Möglichkeit einer fachgerechten Rechtsberatung erhalten, weil es ihnen wegen der komplizierten Rechtslage und einer zunehmenden Behördenwillkür ohne fachkundige Beratung oft nicht möglich ist, ihr Recht zu erkennen und durchzusetzen;

DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN VERWIRKLICHEN

Obwohl im Grundgesetz festgeschrieben ist, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Rechte haben, fällt immer noch eine Mehrheit aus diesem Gleichheitsprinzip heraus: die Frauen. Bis heute wird den Frauen die Rolle als Ehefrau, Mutter, Tochter mit den dazugehörigen Benachteiligungen zugeschrieben. Trotz vielfältiger Veränderungen im Bild der Frau hält die Männergesellschaft immer noch an ihrem Monopol über Wissen, Macht und Reichtum fest.

Wir streben die Überwindung der patriarchalischen Arbeitsteilung nach dem Geschlecht an. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sowohl die Erwerbsarbeit als auch die unbezahlte Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt ist.

Patriarchalische Strukturen können über die Kommunalpolitik nicht abgeschafft werden. Aber die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen und Mädchen ist in der Kommune konkret und hautnah spürbar.

Für die Gleichstellung in Brakel wollen wir:

- dass die 1994 eingerichtete Stelle für eine Gleichstellungsbeauftragte mit nur stundenweiser Beschäftigung zukünftig durch den Rat und nicht durch den Bürgermeister bestellt wird;
- eine ressortübergreifende Kompetenz und Kontrollfunktion der Gleichstellungsstelle (als eigenständige Instanz ohne Loyalitätspflicht gegenüber dem Bürgermeister). Außerdem soll die Gleichstellungsbeauftragte Öffentlichkeitsarbeit auch außerhalb der Verwaltung leisten;
- die Erweiterung des Aufgabenbereichs der Gleichstellungsbeauftragten;
- mehr Frauen in führenden Positionen der Stadtverwaltung;

- mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten in der Stadtverwaltung (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um sich mehr um ihre Familien kümmern zu können).

KINDERN EINE ZUKUNFT GEBEN

Brakel ist eine Stadt, die noch kinderfreundlicher werden muss. Sowohl die Verkehrssituation in fast allen Stadtteilen als auch die Ausstattung und der Zustand der Kinderspielplätze sind dafür ein deutliches Zeichen.

Wir fordern ein grundsätzliches Umdenken bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung unserer Stadt in Richtung Kinderfreundlichkeit. Die Bedürfnisse der Kinder müssen weit mehr im Mittelpunkt stehen, als dies bislang der Fall war. Deshalb fordern wir die Weiterentwicklung eines „Familienpasses“, der Erziehende mit zwei und mehr Kindern durch finanzielle Hilfen in der Erziehungsarbeit fördert.

UMWELTFREUNDLICHE SPIELLANDSCHAFTEN SCHAFFEN!

Wir möchten die Spielplätze in Brakel und den dazugehörigen Dörfern nach einer pädagogischen Konzeption erneuern, damit kleine und größere Kinder frei und experimentierend spielen können. Wir brauchen - wie bereits Mitte der 80er Jahre vorgeschlagen - umweltfreundliche Spiellandschaften mit Sträuchern und Bäumen. Wasser und transportable, zur Gestaltung anregende Baumaterialien sollten dabei nicht fehlen.

Wir wollen deshalb:

- ein pädagogisch fundiertes Spielplatzkonzept,
- die Umgestaltung nach einer Prioritätenliste;
- Spielplätze, die sich in der Nähe von Mehrfamilienhaus-Bebauung befinden, sollen in der Prioritätenliste ganz oben stehen.

JUGENDLICHEN DIE CHANCE ZUR SELBSTBESTIMMUNG GEBEN

Kinder und Jugendliche wollen in ihrer Umgebung durch die Erwachsenen, aber auch durch die Gesellschaft erfahren, dass sie liebenswert und erwünscht sind, dass sie gebraucht werden und dass ihre Gefühle und Wünsche ernstgenommen werden. Nur so sind sie in der Lage, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, Glück zu empfinden und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Wir wollen eine Politik, die Schutz und Unterstützung für Kinder und Jugendliche gewährt und die ihnen Beteiligungs- und Selbsthilfemöglichkeiten gibt. Beim Wohnungsbau sowie in der Verkehrs- und Stadtplanung müssen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker als bisher berücksichtigt werden. Insbesondere gilt es, die Wohnraumsituation für sozial schwächer gestellte Lebensgemeinschaften mit Kindern zu verbessern.

Es darf auch in finanziellen Krisenzeiten keine Rotstiftpolitik im Bereich der Jugend geben: Was wir heute in die Jugend investieren, bedeutet morgen einen Rückgang der Kriminalität, weniger Gewalt und mehr Vertrauen.

Null-Bock-Mentalität, Politik-Verdrossenheit, mangelndes Engagement, ausschließlich konsumorientiertes Verhalten wird unserer Jugend allenthalben bescheinigt. Aber: Welche Chancen werden Jugendlichen denn eingeräumt, ihre Interessen auf demokratischem Wege durchzusetzen, Verantwortung zu übernehmen, selbstbestimmend zu handeln? Noch viel zu häufig besteht ihr Gefühl von "Ich kann sowieso nichts ändern" zu Recht.

Für unsere Jugendlichen wollen wir:

- dass Betriebe, die ausbilden, bei Auftragsvergaben durch die Stadt stärker als bisher berücksichtigt werden,
- dass im Jugendheim „Hl. Seele“ künftig auch Veranstaltungen mit allgemeinpolemischen Charakter stattfinden können, damit das Interesse der Jugendlichen an der Politik insgesamt gefördert wird.

FÜR BEDARFSGERECHTE SCHULEN SORGEN

Die Schule wird zunehmend gefordert, um Fehlentwicklungen in Familie und Gesellschaft aufzufangen oder zu korrigieren. Die Schulen müssen aber auch personell und materiell in die Lage versetzt werden, dies zu leisten.

Ein differenziertes Schulangebot mit verschiedenen Schultypen gehört zu den Anziehungspunkten der Stadt Brakel und stärkt ihre Funktion als Mittelzentrum für mehrere Umlandgemeinden. Die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulen und Schulformen bietet den Eltern die Möglichkeit, unterschiedliche pädagogische Konzepte zu vergleichen und die geeignete Schule ortsnah auszusuchen.

Wir begrüßen die Errichtung einer Gesamtschule, die wir Grüne bereits 1986 für Brakel gefordert haben. Das pädagogische Konzept der Gesamtschule setzt auf Förderung und Kooperation aller Kinder und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen. Wir unterstützen die Gesamtschule und wünschen ihr viel Erfolg.

Für unsere Gesamtschule in Brakel wollen wir:

- dass in der Mensa der Gesamtschule vorrangig frische und regional erzeugte Lebensmittel sowie Fleisch aus artgerechter Tierhaltung angeboten werden. Eine Umstellung auf diese Art der Außer-Haus-Verpflegung ist außerdem ein wichtiger Beitrag für die Umwelt, den Tierschutz, den Klimawandel und die Zufriedenheit;
- das kulturelle Angebot für die Schüler ausbauen („Kulturrucksack“, Theateraufführungen durch Schüler, Förderung der musikalischen Erziehung);
- ortsnah Sportvereine in das sportliche Angebot der Gesamtschule einbeziehen.

KULTURELLE VIELFALT FÖRDERN

Da für die nächsten Jahre die Politik der leeren Kassen gerade den Kulturretat von Bund, Land und Kommune als probate Sparmöglichkeit sieht, wird es darauf ankommen, deutlich zu machen, dass Kultur kein Faktor von Beliebigkeit ist, der je nach Haushaltslage an- und ausgeknipst werden kann. Für uns GRÜNE bietet erst die Möglichkeit für jeden, sich auf seine individuelle Art und Weise kulturell betätigen zu können, die Gewähr, sich im Umgang mit anderen in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Kulturelle Aktivitäten können dabei helfen, die Individualität des Anderen zu respektieren und anzuerkennen. Toleranz gegenüber andersgearteten Lebens- und Verhaltensweisen, zum Beispiel gegenüber Ausländern und sozialen Minderheiten oder Randgruppen, kann hier von

Kindesbeinen an eingeübt werden. Insofern hat ein für jeden zugängliches Kulturangebot gerade in Zeiten sozialer Spannungen eine unverzichtbare gesellschaftliche Funktion.

Gerade kommunale Kulturpolitik darf nicht ausgehungert werden, denn sie bietet die Möglichkeit des persönlichen Kontaktes zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Lebensverhältnisse in der eigenen Lebensumgebung. Das darf allerdings nicht bedeuten, dass die Stadt Träger aller wesentlichen kulturellen Aktivitäten sein soll. Gerade in diesem Bereich sind gemeinnützige und private Initiativen gefordert, weil sie viel eher als eine doch häufig unflexible Stadtverwaltung in der Lage sind, Kreativität zu erkennen und zu fördern. Diese Initiativen müssen aber im Kulturamt der Stadt die grundsätzliche Bereitschaft finden, unterstützend tätig zu werden. Nur ein vielschichtiges, offenes, lebendiges Kulturleben kann von der Stadt auch werbewirksam eingesetzt werden, um im Vergleich mit anderen Kommunen zu bestehen.

Brakel als Stadt im „Kulturland Kreis Höxter“ hat am Kulturplanungsprozess des Kreises teilgenommen und geht damit eine besondere Verpflichtung ein. Wir haben an diesem Prozess mitgearbeitet und unterstützen ihn grundsätzlich.

Damit Brakel offen für kreative und aktive Menschen bleibt, wollen wir:

- das vielfältige und regelmäßige Theaterangebot erhalten;
- dass das Jugendzentrum „Hl. Seele“ von allen Jugendlichen für ihre vielfältigen Aktivitäten auch genutzt werden kann;
- die katholische öffentliche Bücherei erhalten und auch mit städt. Mitteln fördern;
- bestehende Privatinitiativen wie das Frauen- und Familienzentrum, aber auch neue Projekte, die das Kulturangebot der Stadt erweitern können, erhalten und unterstützen.

TIERSCHUTZRECHTE AUSBAUEN UND FÖRDERN

Tierschutz ist ein GRÜNES Kernthema: Seit unserer Gründung setzen wir uns für einen respektvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen ein. Auf Bundesebene streiten wir für ein besseres Tierschutzgesetz und als Land haben wir mit der Einführung des Verbandklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände einen wichtigen Grundpfeiler für den Tierschutz gesetzt. Außerdem unterstützen wir Kommunen und viele Ehrenamtliche in ihrem Bestreben, die Lage der Tiere vor Ort zu verbessern.

Damit Tiere besser geschützt werden, wollen wir:

- eine längst überfällige Katzenkastrationspflicht und Registrierungspflicht einführen. In über 60 Städten in NRW gibt es bereits entsprechende Verordnungen;
- faire Verträge für Tierschutzheime für Fundtiere:
Das auch für Brakel zuständige Tierheim in Bad Driburg ist in einem verbesserungswürdigen Zustand. Tierheime sind zentrale Einrichtungen für den Tierschutz vor Ort und nehmen wichtige Aufgaben für die Allgemeinheit wahr: Hier werden herrenlose Haus- und Heimtiere aufgenommen, gepflegt und vermittelt. Zudem sind sie Anlaufstelle von Feuerwehr, Polizei und Ordnungsämtern, bspw. wenn gefährliche Hunde gefangen werden. Für diese Aufgaben bekommen die Tierheime in der Regel Zuschüsse. Trotzdem fehlt den zumeist ehrenamtlich geführten Tierheimen Geld;
- eine Unterstützung für die Einrichtung eines kommunalen Tierschutz-Notfallfonds, aus dem unbürokratisch z.B. Tierarztkosten bezahlt werden können, wenn Mitbürgerinnen

und Mitbürger in prekären Lebenssituationen nicht mehr für die tiermedizinische Versorgung ihrer Tiere aufkommen können;

- eine/n ehrenamtliche/n Tierschutzbeauftragte/n, die/der die vielfältige Arbeit des ehrenamtlichen Tierschutzes vernetzt und den Austausch mit der Verwaltung verbessern soll.

KLEINBÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

Die Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft und damit von mehreren hunderttausend Menschen ist gefährdet. Diese zerstörerische Politik entwickelt die Agrarpolitik der Europäischen Union nicht nur innerhalb Europas, sondern über eine aggressive Exportpolitik mit Dumping-Preisen vor allem gegenüber den Ländern der "Dritten Welt". Wir setzen uns ein für die Rückkehr zu einer Agrarpolitik, die sich nach regionalen Gegebenheiten und Traditionen orientiert. Ziel ist der Umstieg auf den ökologischen Landbau.

Die Entwicklung der Landwirtschaft, die wir bereits in unserem Kommunalwahlprogramm 1984 beschrieben haben, hat sich leider bestätigt. Der Boden wird in der Landwirtschaft zwangsläufig nur noch als industrieller Faktor gesehen, auch der Wasserhaushalt und der Landschaftsverbrauch sind industriellen Zwängen unterworfen. Wir erleben auch in Brakel verstärkt einen Verdrängungswettbewerb zugunsten der großen landwirtschaftlichen Betriebe, die mit Massentierhaltung und den daraus resultierenden Folgen zu überleben versuchen.

Die Folgen bekommen alle Bürger der Region zu spüren. Die von den großagrarischen Betrieben hergestellten Produkte verlieren an Qualität, und unser wichtigstes Lebensmittel, das Wasser, unterliegt einer schleichenden Vergiftung durch Gülle und Pestizideintrag.

Klärschlämme sind sowohl für die Stadt als auch für die Bauern ein Problem. Deshalb muss es in unser aller Interesse liegen, dass die Stoffe, die wir durch Abfluss, Toilette und Dusche in die Kläranlage schicken, von Giftstoffen möglichst frei ist. Hier muss die Industrie besonders in die Pflicht genommen werden. Die Erzeugerhaftung muss ausgeweitet werden, damit Klärschlämme künftig nicht als giftiger Sondermüll verbrannt werden müssen, sondern nach vorheriger Kontrolle als Dünger in der Landwirtschaft einsetzbar bleiben.

Die wesentlichen Weichen für die Landwirtschaft werden im Rahmen der Europäischen Union, aber auch von der Bundesregierung gestellt. Im Europaparlament und in einem Bundestag mit endlich geänderten Mehrheiten zugunsten einer ökologisch orientierten Landwirtschaft werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versuchen, andere Erzeugungs- und Vermarktungsstrukturen umzusetzen.

Doch auch im kommunalen Bereich können wir gegensteuern, indem wir uns dafür einsetzen:

- ortsnahe Direktvermarktung zu fördern mit dem Ziel ökologisch orientierte Landwirtschaft zu erweitern;
- anstelle einer industrialisierten Massentierhaltung treten wir ein für artgerechte Tierhaltung;
- naturschützende Maßnahmen an landwirtschaftliche Betriebe gegen angemessene Vergütung zu übertragen;

- naturschützender Maßnahmen im Landschaftsplan festzusetzen, damit gewährleistet wird, dass Ausgleichsregelungen für die Landwirtschaft durchgesetzt werden können.
- dass Gülleverwertungsanlagen errichtet werden, um:
 - den Geruchsfaktor zu beseitigen,
 - das für die Wälder und Pflanzen giftige Ammoniak und das auch für den Treibhauseffekt verantwortliche Methangas einer sinnvollen Verwertung (z.B. in einem Blockheizkraftwerk) zuzuführen,
 - die so behandelte Gülle als Langzeitdünger zur Verfügung zu stellen,
 - unser Trinkwasserreservoir nicht weiter zu belasten.

FINANZIELLE SPIELRÄUME NUTZEN

Kommunale Finanzpolitik muss mittel- und langfristig nach politischen Prioritäten geplant werden. Finanzielle Entscheidungen dürfen nicht allein danach ausgerichtet werden, ob es Zuschüsse von Bund oder Land gibt. In Brakel haben wir die Neugestaltung der Innenstadt unterstützt, u.a. weil das ökologische Konzept der Fernwärmenutzung des Landwirts Meyer (Märsch) in die Innenstadt (Ostheimer Str., Markt, Rathaus, in Zukunft bis zur Brede) einen Neuausbau der Straßen erforderlich macht. Der Ausbau des Hanekamps scheint uns noch nicht notwendig zu sein.

Vorrangig sollen künftige Investitionen der Gesamtschule zur Verfügung gestellt werden. Priorität haben außerdem Investitionen zur Erhaltung natürlicher Lebensräume.

Die Stadt Brakel verfügt nur über geringe eigene Finanzquellen. Ein Großteil des Haushaltes muss durch Steuern und Zuwendungen von Bund und Land finanziert werden. Auf diese Einnahmen hat die Stadt kaum Einfluss. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher auf Bundes- und Landesebene seit Jahren für eine Beteiligung der Kommunen an der Steuergesetzgebung ein. Neue Aufgaben dürfen den Kommunen nur noch dann übertragen werden, wenn auch ein entsprechender finanzieller Ausgleich gesichert ist.

Gestaltungsspielraum ergibt sich jedoch vor allem bei den Gebühren. Wir fordern, dass Gebühren künftig stärker nach ökologischen Gesichtspunkten erhoben werden. Bei umweltgerechtem Verhalten soll die Gebühr geringer ausfallen als bei umweltbelastendem Verhalten. So wird bereits jetzt durch die Staffelung der Gebühren bei der Abfallentsorgung ein Anreiz zur Müllvermeidung gegeben. Ähnlich könnte bei den Abwassergebühren verfahren werden.

Wir haben uns in der Vergangenheit immer für eine sparsame Haushaltsführung eingesetzt und werden dies auch künftig tun. Wir können nur ausgeben, was wir auch einnehmen, sonst leben wir über unsere Verhältnisse. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Einwohnerzahl, Arbeitsplatzangebot und Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Verkehrswege usw.) in ein ausgewogenes Gleichgewicht gebracht werden.

Wir fordern:

- dass der Grundsatz eines in Einnahme und Ausgabe ausgeglichenen Haushaltes beibehalten wird;
- dass Gebühren so gestaffelt werden, dass umweltgerechtes Verhalten gefördert und umweltschädigendes Verhalten verhindert wird;
- dass vorhandene Einsparpotentiale konsequent genutzt werden. Beispiele dafür sind:
 - eine effektivere Verwaltungsstruktur

- eine Verringerung der städtischen Energiekosten durch gezielte Investitionen zur Energieeinsparung.

NACHWORT

Bei der Erarbeitung des Programms haben uns viele Brakeler Bürgerinnen und Bürger unterstützt, die parteipolitisch nicht gebunden sind. Wir sind froh, dass wir bei unserer kommunalpolitischen Arbeit Anregungen und Kritik von "Außen" erfahren. Denn nur so sind wir als - zahlenmäßig betrachtet - kleine Gruppe in der Lage, neue Impulse für eine ökologische und soziale Entwicklung unserer Stadt zu geben.

Wenn auch Sie Interesse daran haben, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitzuarbeiten oder einfach mal vorbeischaun wollen, dann wählen Sie einfach die Nummern 05272/5217 (Hans-Georg Harrer, Ortsverbandssprecher) oder 05272/8287 (Meinolf Schulte Ratsfraktionssprecher) und sprechen Sie mit uns. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brakel

- Der Vorstand -

Brakel, im März 2014

UNSERE LISTEN-KANDIDATINNEN IN BRAKEL

Liste Nr.	Name, Alter	Beruf	Mandat/Amt	Politische Schwerpunkt
1	Meinolf Schulte (66)	Studiendirektor i.R.	Fraktionssprecher Ratsmitglied seit 1991	Haupt- und Finanzausschuss, Schule und Bildung
2	Ulrike Hogrebe- Oehlschläger (59)	Hausfrau	Stellv. Fraktionsprecherin, Ratsmitglied seit 2004	Verkehr, Bau- und Planungsausschuss, Umwelt, Tierschutz
3	Karin Schulke (51)	Kunsthistorikerin	Kassiererin des Ortsverbandes	Landwirtschaft und Ernährung, Tierschutz
4	Johannes Vorwerk (19)	Abiturient	Stellv. Mitglied im Bezirksausschuss Brakel und im Schulausschuss des Kreises	Bildung und Schule, Ortsangelegenheiten, Umwelt
5	Lisa Kremeyer (28)	Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin	Mitglied im Bezirksausschuss Brakel und Beller	Soziales, Ortsangelegenheiten
6	David Flore (30)	Lehrer	Mitglied im Bezirksausschuss Schmechten	Energie, Dorferneuerung
7	Dr. Astrid Strathausen (57)	Soziologin		Schule, Soziales, Flüchtlingsarbeit
8	Bernd Zymner (50)	Angestellter	ehem. Kreistagsmitglied 1988-2004, Fraktionssprecher 1991- 2004	Soziales, Kultur, Stadtführer
9	Sieglinde Weiß (78)	Rentnerin		Senioren
10	Uwe Rottermund (51)	Dipl.-Ing.	Kreisverbandssprecher	Umwelt, Landschaftspflege, Energie, Klimaschutz
11	Ulrike Lahmann-Hensel (49)	Tierwirtin	Mitglied im Bezirksausschuss Bellersen	Tierschutz, Landwirtschaft
12	Manfred Wulf (63)	Dipl.-Ing.		Gewerkschaft, Ortsangelegenheiten
13	Claus Dietrich (69)	Lehrer (pens.).		Kirche, Kultur
14	Manfred Treder (66)	Lehrer (pens.)	ehem. Sprecher des Kreisverbandes und Mitgl. Im Kreistag	Senioren, Umwelt